



Der Irak-Konflikt spielte auch beim Polen-Besuch der Parteivorsitzenden eine zentrale Rolle: Angela Merkel im Gespräch mit dem polnischen Staatspräsident Aleksander Kwasniewski  
Foto: dpa

## Deutschland auf **Funktionsfähigkeit** von UNO, EU und der NATO angewiesen

Deutschland sei sicherheitspolitisch auf die „Funktionsfähigkeit der Vereinten Nationen, der EU und der NATO“ angewiesen, erklärte die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel im Anschluss an die CDU-Präsidiumssitzung in Berlin.

Die deutsche Außenpolitik müsse auch künftig auf

zwei Säulen ruhen: der europäischen Einigung und den transatlantischen Beziehungen. Angesichts der „Gespaltenheit und Zerrissenheit Europas in diesen Tagen“ sei es Aufgabe der Politik, über die Ausgestaltung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik innerhalb der Europäischen Union ausführlich zu sprechen.

### INHALT

CDU/CSU-  
BUNDESTAGSFRAKTION:  
Freiheit wagen –  
Bürokratie abbauen  
SEITE 8

GESPRÄCH CDU-DGB:  
Wir brauchen Gewerkschaften in Deutschland  
SEITE 12

KATHERINA REICHE:  
Forschungs- und Bildungspolitik des Bundes ohne roten Faden  
SEITE 14



## Debatte über deutsche Außen- und Sicherheitspolitik erforderlich

Die CDU-Vorsitzende kündigte eine breite Debatte in der CDU über die künftigen Grundlagen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik an. „Die Antworten der Vergangenheit“ reichten mit Blick auf die deutschen Sicherheitsinteressen oder die neue Bedrohungssituation nicht mehr aus, unterstrich Merkel. In

diesem Zusammenhang bekräftigte sie, dass Deutschland aus „rein sicherheitspolitischen Überlegungen“ heraus auf die transatlantische Partnerschaft angewiesen bleibe.

Nachdrücklich sprach sich das CDU-Präsidium gegen einen Abzug deutscher Soldaten aus den AWACS-Überwachungsflugzeugen aus. Erneut forderte die CDU-Vorsitzende die Bundesregierung auf, diesen Einsatz mit einem eindeutigen Bundestagsmandat auszu-

statten, der „alle rechtlichen Unklarheiten beseitigt“.

## Hoffen auf baldiges Ende des Krieges

Wie schon in ihrer Rede im Deutschen Bundestag betonte Merkel ihre Hoffnung darauf, dass der Krieg bald zu Ende gehe und möglichst wenig Opfer mit sich bringe. „Unsere Gedanken sind sowohl bei den Soldatinnen und Soldaten als auch bei den Bürgerinnen und Bürgern des Irak“, erklärte sie.

IMPRESSUM

**UID**

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdi.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111/333, Vertrieb: Tel. 02226-802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

ANGELA MERKEL:

## Brief zum Irak-Konflikt

**Die Vorsitzende der CDU Deutschlands erhält derzeit zahlreiche Schreiben zum Thema Irak. Sie antwortet darauf mit folgendem Brief:**

Anrede,

haben Sie vielen Dank für Ihren Brief, mit dem Sie mir Ihre Sorgen und Fragen zum Irak-Konflikt schildern. Gerne möchte ich Ihnen meine Haltung dazu darlegen.

Täglich, ja stündlich werden wir mit vermeintlichen und tatsächlichen Nachrichten, mit wahren und verzerrten Bildern dieses Krieges konfrontiert. Zwischen beidem zu unterscheiden, ist nicht immer leicht. Aber eines ist offenkundig: Dieser Krieg fordert Opfer auf allen Seiten. Er kostet Menschenleben, jedes Einzelne gleichermaßen kostbar. Er bringt Leid und Zerstörung, für Beteiligte und Unbeteiligte.

Gerade ältere Menschen in unserem Land erinnert der Krieg im Irak an das eigene Erleben von Schützengräben und Bombennächten. Viele junge Menschen sind erschrocken und erschüttert über den Ausbruch von Gewalt und die eigene Ohnmacht gegenüber der dramatischen Entwicklung vor Beginn des

Krieges. Ganz überwiegend, davon bin ich überzeugt, drückt sich in den leidenschaftlichen Appellen, Demonstrationen und Friedensgebeten dieser Tage echtes Mitgefühl und wirkliche Friedenssehnsucht aus. Dieses Bekenntnis zwingt jede politische Führung zu noch gewissenhafterer Abwägung in Fragen von Krieg und Frieden.

Aber – auch das muss ich in meiner Verantwortung als Politikerin sagen – dieses Bekenntnis kann diese Abwägung nicht ersetzen. Auch kann es den Zwang der Politik zur Entscheidung nicht ersetzen. Diese Entscheidung fällt fast nie zwischen Gut und Böse, schwarz oder weiß, Ja oder Nein, sie fällt in der Regel zwischen besser und schlechter, nicht selten auch zwischen dem größeren und dem geringeren Übel. Die Situation im Irak-Konflikt kurz vor Beginn des Krieges ist ein Beispiel dafür.

Was wiegt schwerer – Handeln oder Nicht-Handeln? Was lag auf den Waagschalen? Auf der einen Seite die unbestreitbaren Risiken eines Krieges und das mit ihm verbundene Leid; auf der anderen Seite das nicht minder bedrückende Leid

durch das Aggressionspotential Saddam Husseins und die Risiken eines Triumphes des Diktators und einer Ermütigung aller anderen potentiellen Aggressoren.

Die Bedrohung durch Saddam Hussein ist real, ihn zu entwaffnen ist zwingend notwendig. Darin waren und sind sich alle einig. UN-Chefin-spekteur Blix hat mir bei einem Gespräch in New York als Quintessenz seiner Arbeit berichtet, dass ohne militärische Drohung das irakische Regime zu keinerlei Kooperation bereit sei. Niemand wird ernsthaft behaupten, dass ein totalitäres Regime wie das Saddam Husseins mehr Zeit gebraucht hätte, um den Verbleib der eigenen Massenvernichtungswaffen zu klären. Es fehlte nicht an Zeit, sondern am Willen.

Die im November letzten Jahres im UN-Sicherheitsrat beschlossene Resolution 1441 ist eine Konsequenz daraus. Sie ist eine Art „Doppelabschluss“ der UNO: Friedliche Entwaffnung durch ernst gemeinte Drohung. Die Wirkung dieser Resolution lebte von Beginn an von der Glaubwürdigkeit beider Elemente. Damit sind weder die Position „Auf jeden Fall Krieg“, noch

die Position „Auf keinen Fall Krieg“ vereinbar. Die Mitte zu halten, die Geschlossenheit und die Entschlossenheit zu bewahren, das wäre die Aufgabe der Politik gewesen. Das nicht geschafft und am Ende den Krieg nicht verhindert zu haben, das macht das Scheitern der internationalen Diplomatie aus. Die Versuche z.B. Kanadas und Großbritanniens, eine weitere Resolution mit klaren Ultimaten zustande zu bringen, wurden kompromisslos abgelehnt, nicht zuletzt von der Bundesregierung. Niemand weiß, ob Einigkeit im Druck auf Saddam Hussein ihn zur friedlichen Entwaffnung gezwungen hätte. Aber diese Einigkeit im Druck war die einzige Chance.

Das ist es auch, was mich bewegt, wenn ich sagen muss, dass diejenigen, die wie die Bundesregierung durch kategorische Vorfestlegungen diese Einigkeit und Geschlossenheit erschwert oder am Ende gar verhindert haben, den Krieg wahrscheinlicher und nicht unwahrscheinlicher gemacht haben. Gewollt hat das niemand, aber Politik wird zu Recht vor allem daran gemessen, ob man das, was man für richtig hält, auch erreicht und nicht erschwert.

Jetzt ist der Krieg traurige Realität. In dieser Situation steht es für mich außer Frage, dass die CDU in der Ausein-

andersetzung der alliierten Streitkräfte mit dem irakischen Diktator Saddam Hussein nicht neutral sein kann, sondern an der Seite der USA und ihrer Verbündeten stehen muss. Ich weiß, dass in dieser Frage wohl in fast jeder Familie, jeder Nachbarschaft und jedem Betrieb, auch in der CDU, leidenschaftliche und unterschiedliche Überzeugungen vertreten werden. Das respektiere ich nicht nur, das halte ich auch für ein bedeutsames Zeichen des Charakters der großen Volkspartei CDU.

Dennoch glaube ich, dass wir alle eine gemeinsame Aufgabe in der öffentlichen Debatte um Krieg und Frieden haben. Dazu zählen auch die Prinzipien, die die CDU in existentiellen Debatten immer geleitet haben:

■ 1. Brücken bauen statt spalten: Niemand in der CDU kann den politischen Versuch hinnehmen, das Land in Kriegswillige und Friedenswillige zu spalten. Wer den SPD-Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering im Deutschen Bundestag erlebt hat, der spürt, dass hier ein vorrangig parteitaktisch motiviertes Spiel mit den Emotionen der Menschen inszeniert werden soll. Dagegen wird sich die CDU gemeinsam wehren.

Ich werde in diesem Zusammenhang oft gefragt, ob

ich „für“ den Irak-Krieg sei, ob ich ihn „befürwortete“, „unterstützte“ u. ä. Diese Wortwahl halte ich für völlig unangemessen. Niemals werden mir bei einer Entscheidung zwischen Krieg und Frieden, um Leben und Tod derartige positive Attribute über die Lippen kommen. Krieg – dieser zumal – ist immer ein Scheitern von Politik und Diplomatie. Er kann niemals die gleichsam normale Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein, die man leichten Herzens „befürwortet“. Der Einsatz militärischer Gewalt muss immer das letzte Mittel – die ultima ratio – bleiben. Den Einsatz militärischer Gewalt als letztes Mittel aber kategorisch auszuschließen, halte ich für unverantwortlich. Als letztes Mittel wird er in manchen Konflikten, so auch in diesem, unausweichlich sein und bleiben. Wenn der Bundeskanzler deshalb so oft davon spricht, dass sich die Chance und die Logik des Friedens gegen die Logik des Krieges durchsetzen müssten, so darf er nicht übersehen, dass die Logik des Friedens nur dann eine Chance hat, wenn auf der anderen Seite jemand ist, dem diese Logik des Friedens nicht völlig fremd ist.

■ 2. Auf ethische Absolutheitsansprüche verzichten: Als evangelische Christin hat

mich das schier übermenschliche Friedenszeugnis von Papst Johannes Paul II. persönlich sehr berührt. Die Mitglieder der CDU sehen sich in besonderer Weise verpflichtet, ihr politisches Handeln an ethischen Überzeugungen zu messen. Unsere gemeinsame christliche Tradition versteht den Frieden als Werk der Gerechtigkeit. Als ein allerletztes Mittel der Abwehr schließt sie auch Drohung und Gewalt nicht aus. Ob eine Abwägung zu diesem Ergebnis kommt, das ist keine theologische, sondern eine politische Frage. Niemand kann dafür eine letzte Wahrheit in Anspruch nehmen, weder für noch gegen die eigene Entscheidung. Christen können auf der Grundlage des gleichen Glaubens und nach bestem Wissen und Gewissen hier zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen kommen.

■ 3. Auf die Unterscheidung der Geister achten: Ich halte nichts davon, jemanden, nur weil er den Krieg im Irak ablehnt, als anti-amerikanisch zu bezeichnen. Aber es gibt auch ein dumpfes anti-amerikanisches Ressentiment, das sich aus ganz verschiedenen Quellen speist. Und wenn zum Beispiel der amerikanische Präsident und der irakische Diktator auf eine Stufe gestellt werden, dann ist eine Grenze überschritten, die

nicht mehr diffuses Verständnis erlaubt, sondern klaren Widerspruch fordert.

Mir ist es wichtig, dass die Christlich Demokratische Union Deutschlands mit diesen Prinzipien der aktuellen öffentlichen Debatte zum Irak-Konflikt einen wichtigen Dienst erweist. Aber die Aufgabe der CDU reicht darüber hinaus, denn im Irak-Konflikt haben wir eine gravierende Spaltung und Lähmung der Europäischen Union und der NATO erlebt. Der Vertrauensverlust in den Beziehungen zu den USA ist nachhaltig. Die bewährten Institutionen unserer Sicherheit erleben damit genau in dem Augenblick eine Krise, in dem nach dem Ende des Kalten Krieges und den Terroranschlägen des 11. September neue und andere Bedrohungen nicht mehr zu übersehen sind. Gleichzeitig ist der jahrzehntelange außen- und sicherheitspolitische Grundkonsens in unserem Land brüchig geworden, zwischen Regierung und Opposition, aber auch in der Gesellschaft.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass vieles, was gestern noch selbstverständlich war, heute zur Disposition steht. Meine politische Generation wird die beiden entscheidenden Säulen deutscher Außenpolitik – die europäische Einigung und die transat-

lantische Partnerschaft – nicht neu erfinden, aber sie wird sie neu begründen und ausgestalten müssen, um sie zukunfts-fest zu machen. Deshalb sind die Ursachen und die weit reichenden Auswirkungen des Irak-Konfliktes notwendiger Anlass, in unserem Land, aber auch in meiner Partei eine grundsätzliche programmatische Diskussion über die außenpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu führen. Maßstab dieser programmatischen Weiterentwicklung sind dabei die deutschen Interessen an Frieden, an Freiheit, an Sicherheit und an internationaler Zusammenarbeit.

Der Irak-Krieg ist eine Tragödie. Wir alle hoffen, dass er bald und mit möglichst geringem Blutzoll zu Ende geht. Was mich – vor dem Krieg wie auch jetzt und danach – leitet, das sind die politischen Konsequenzen, die wir für eine Zukunft in Frieden und Freiheit ziehen müssen.

Nochmals danke ich Ihnen für Ihre Anmerkungen und verbleibe mit freundlichen Grüßen

**Dr. Angela Merkel**

[http://](http://www.cdu.de)

Weitere  
Informationen  
zum Thema Irak  
finden Sie unter:  
[www.cdu.de](http://www.cdu.de)



## Die deutsche Schuld am Krieg

...Hätte dieser Krieg verhindert werden können? Ja, sagen einige. Aber mit einer überraschenden Begründung: Deutschland, Frankreich und Russland hätten den Kriegausbruch mit ihrer vermeintlichen Friedenspolitik unausweichlich gemacht. Gerhard Schröders kategorisches Nein zu einem Militäreinsatz sei schlicht „verrückt“ gewesen...

Als die Inspektoren der Unmovic (United Nations Ongoing Monitoring and Verification) am 27. November vergangenen Jahres ihr Hauptquartier im Canal Hotel im Zentrum Bagdads aufschlugen, glaubten sie, mit der Resolution 1441 ein schlagkräftiges Instrument in der Hand zu haben, um Saddam Husseins Terrorarsenal aufzuspüren...

Die 120 Kontrolleure merkten allerdings bald, dass sie ohne die volle Kooperation der Iraker ihr Ziel nicht erreichen würden. Auf ein Entgegenkommen warteten sie jedoch vergeblich... Der Irak machte erst Zugeständ-

nisse, als US-Außenminister Colin Powell am 5. Februar der Weltöffentlichkeit aufsehenerregende Bilder, Videos und Tonbandaufnahmen über rollende Biowaffenlabore, Raketenabschussrampen und Munitionsbunker präsentierte...

Am 14. Februar lieferte Chefinspektor Hans Blix dem Sicherheitsrat eine versöhnlichere Lageeinschätzung. Sie war Anlass für Deutschland, Frankreich und Russland, von „funktionierenden Inspektionen“ zu sprechen und sich zunehmend von Amerika und Großbritannien abzusetzen. Die Regierungen in Berlin, Paris und Moskau fühlten sich gestärkt in der Überzeugung, dass ihre Friedensstrategie zum Erfolg führen würde.

Ganz anders die Wahrnehmung der Inspektoren in Bagdad: Sie standen plötzlich geschwächt da. Dokumente wurden wieder zurückgehalten...

In der Rückschau zeichnet sich aus der Sicht von UN-Kontrolleuren ein klares Muster ab: „Saddam Hussein verfolgte jeden Schritt im Sicherheitsrat ganz genau. Sobald sich dort Risse zeigten,

nahm die Zusammenarbeit ab.“ Nur dann, wenn der militärische Druck wuchs, wurden die Behörden in Bagdad kooperationswilliger...

„Wir waren auf militärischen Druck angewiesen“, betont ein Inspektor. ... Nur mit einem geschlossenen Weltsicherheitsrat im Rücken wäre es ihrer Meinung nach möglich gewesen, das für eine wirksame Kontrolle wichtige Verkehrsüberwachungssystem zu installieren. Doch Gewalt als letztes Mittel anzudrohen, ohne sie ernsthaft vorzubereiten – das konnte den Diktator in Bagdad nicht beeindrucken.

War das Scheitern der Mission von Anfang an programmiert? Nein, sagen die Inspektoren: Ein einiger Sicherheitsrat hätte eine friedliche Abrüstung womöglich erzwingen können. Aber dann doch ein ambivalenter Gedanke, der aus Inspektorenmunde erschreckend hart klingt: „Wie behandelt man ein Krebsgeschwür am besten - mit einem kurzen chirurgischen Eingriff oder mit einer langwierigen Chemotherapie, deren Erfolg zweifelhaft ist?“ Die Zeit/27.3.

ANGELA MERKEL:

# Große Übereinstimmung zwischen CDU und polnischer Regierung

Die Partei- und Fraktionsvorsitzende Dr. Angela Merkel sieht in der Bewertung des Irak-Konflikts große Übereinstimmung zwischen ihrer Partei und der polnischen Regierung. Sie sei sich mit ihren Gesprächspartnern einig, dass die Haltung Europas einheitlicher hätte sein müssen, sagte sie in Warschau zum Abschluss eines zweitägigen Besuches nach Gesprächen mit Staatspräsident Aleksander Kwasniewski, Ministerpräsident Leszek Miller und Außenminister Wlodzimierz Cimoszewicz.



Polen steht in der Frage des Irak-Konflikts an der Seite der USA. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Miller lobte die USA-Reise Merkels nicht ohne zu betonen, dass es paradox sei, dass er als Sozialdemokrat die Haltung Frau Merkels unterstütze.

## Sicherheitsgarantie Polens nicht beschädigen

Die polnischen Gesprächspartner drückten ihre Sorge über die Außen-

politik der Bundesregierung aus: Sie warnten davor, das transatlantische Bündnis und damit Polens Sicherheitsgarantie zu beschädigen und in der EU eine Zweiklassengesellschaft zu schaffen, in der sich die großen Mitgliedsstaaten auf Kosten der kleineren und neuen Mitglieder zu etablieren versuchen. Eine solche Politik könne sogar die Zustimmung zum Referendum gefährden. In den Gesprächen wurde zudem vor einer „Achse Frankreich-Deutschland-Russland“ über Polen hinweg gewarnt.

Über diese Gespräche hinaus kam die Partei- und Fraktionsvorsitzende mit Vertretern der deutschen Minderheit in Polen zusammen und sprach auf einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema „Polen und Deutschland in der Europäischen Union“.

Der Besuch sollte auch die enge Verbundenheit Deutschlands und Polens unterstreichen, insbesondere vor dem Hintergrund des Beitritts Polens zur Europäischen Union im nächsten Jahr.

UD

# Freiheit **wagen** – Bürokratie abbauen

Seit Jahren und Jahrzehnten wird der Abbau von Bürokratie auf allen Ebenen gefordert. Doch trotz zahlreicher Bemühungen, Initiativen und vieler Kommissionen und Sachverständigen-gremien ist der Bürokratieabbau bisher weitestgehend gescheitert.

„Bürokratieabbau – nicht reden, handeln!“ fordert daher die Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Bürokratieabbau in ihrem ersten Arbeitspapier, das der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Bosbach, der mittelstandspolitische Sprecher Hartmut Schauerte und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Bürokratieabbau“ Michael Fuchs vorgestellt haben.

1998 – 2002:

## 1.800 neue Gesetze und Rechtsverordnungen

Der Arbeitsgruppenvorsitzende Michael Fuchs kritisierte bei der Vorstellung der Arbeitsergebnisse die rot-grüne Bundesregierung: Trotz gegenteiliger Ankündigungen des Bundeskanzlers zur Gesetzes- und Ver-



waltungsvereinfachung seien in der vergangenen Legislaturperiode fast 400 Gesetze und ca. 1400 Rechtsverordnungen neu in Kraft getreten. Im Gegensatz dazu seien Unionsländer wie Hessen und das Saarland sehr erfolgreich beim Bürokratieabbau. Im Saarland seien 68 Prozent der Anfang 1999 bestehenden Verwaltungsvorschriften gestrichen worden oder ihr Abbau geplant. Der Gesetzgeber müsse künftig den Mut haben, als „Gesetznehmer“ zu agieren, fordert indes auch Wolfgang Bosbach.

Das Papier der CDU/CSU-Arbeitsgruppe „Bürokratieabbau“ fordert eine systematische Selbstverpflichtung der staatlichen Ebenen, um dauerhaft und ernsthaft der Gesetzes- und Verordnungsflut Herr zu werden. Der Ansatz der CDU/CSU-

Bundestagsfraktion unterscheidet sich klar von bisherigen, erfolglosen Bemühungen, die erdrückende Bürokratielast für Private und Unternehmer zu bekämpfen.

Im Gegensatz zum „Masterplan“ der Bundesregierung sollen nicht zahlreiche Einzelvorschläge aneinandergereiht werden, sondern bewusst Instrumente und Maßnahmen in den Vordergrund gestellt werden.

## Mehr Freiheit und Selbstverantwortung

Im ersten Teil des Papiers fordert die Unionsfraktion ein neues Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Den Bürgern müsste mehr Freiheit und Selbstverantwortung eingeräumt werden und der Staat



LAURENZ MEYER:

müsse sich auf seine Kernaufgaben reduzieren.

„Um Bürokratie abzubauen, müssen Staat und Bürger umdenken. Weniger Staat und mehr Bürger, also ein konzentrierter agierender Staat und ein befreiter, eigenverantwortlich handelnder Bürger“, so Bosbach.

Das Subsidiaritätsprinzip sei Maßstab der Union: Die größere Einheit könne eine Aufgabe nur übernehmen, wenn erwiesen sei, dass sie es besser mache als die kleinere Einheit.

### Konkrete Vorschläge:

Im zweiten Teil werden in einem 10-Punkte-Programm konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau gemacht. Folgende Maßnahmen sind u.a. vorgesehen: ein Verfallsautomatismus für Verordnungen, eine generellen Gesetzesbefristung, kürzere Genehmigungsverfahren mittels Optionsklausel, weniger Richterrecht, Experimentier- und Öffnungsklauseln und weniger EU-Bürokratie. Die Ministerien sollen künftig vor dem Erlass jeder neuen Verordnung, nach zwei alten Verordnungen suchen, die im Gegenzug außer Kraft gesetzt werden können. Ohne neue Stellen zu schaffen, soll ein Kabinettsausschuss der

## Schluss mit Bevormundungsgerede

**Zu den Äußerungen von SPD-Fraktionschef Müntefering zur Pflegeversicherung erklärte CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer:**

„Kein Recht auf Erbe“ – wieder einmal zeigt sich, wie Franz Müntefering denkt. Nach seiner unsäglichem Forderung „Weniger Geld für den Konsum, mehr Geld für den Staat“ legt er jetzt noch einen drauf. Was die Nachkriegsgeneration an Werten geschaffen hat, daran will die rot-grüne Bundesregierung kräftig teilhaben.

Rechtsansprüche aus der Pflegeversicherung gelten für Müntefering offenbar nicht mehr viel. Neben neuer Verunsicherung der

Menschen bedeuten die Sprüche des SPD-Fraktionschefs nur eins: Dass die bestraft werden sollen, die ihr Leben lang gespart haben und davon auch an ihre Kinder weitergeben wollen.

Das Prinzip „Abkassieren bei den Bürgern“ ist im Denken des Fraktionschefs offensichtlich tief verwurzelt. Und dabei knüpft Müntefering nahtlos an die Forderung des zweiten Obriegers-Apostels der Sozialdemokratie an: Schon im skandalösen Gerede von SPD-Generalsekretär Scholz über die „Luftthoheit über den Kinderbetten“ offenbarte sich der Ungeist der Bevormundung, der anscheinend in der Spitze der SPD herrscht.

Bundesregierung gesamtgesellschaftliche Folgen von Gesetzen abschätzen. Parallel dazu werde ein Bundestagsausschuss, der Petitionen annehmen soll, dafür sorgen, dass Gesetze und Verordnungen ohne bürokratische Belastung für Private und Unternehmer Bürokratie begeschlossen würden.

Dass die Unionsfraktion bei der Umsetzung der Vor-

schläge zur Kooperation mit der Bundesregierung bereit ist, betonte der mittelstandspolitische Sprecher Hartmut Schauerte: „Jetzt ist die Bundesregierung aufgefordert, mit uns diese Vorschläge ernsthaft und kooperativ umzusetzen, um statt ständiger Ankündigungen endlich Taten folgen zu lassen.“ Und er betont: „Alles was nützt, machen wir mit.“

## Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung wiedergewählt

**Auf der diesjährigen Mitgliederversammlung der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde der Vorsitzende der Stiftung, der Thüringer Ministerpräsident Bernhard Vogel, einstimmig in seinem Amt bestätigt.**

Vogel sagte, die Konrad-Adenauer-Stiftung werde sich angesichts der aktuellen Situation in besonderer Weise dafür einsetzen, dass die traditionellen außenpolitischen Grundkoordinaten Deutschlands wieder unein-



geschränkt zur Geltung kommen. „Das heißt für uns, dass die enge Partnerschaft zu Frankreich und zu den Vereinigten Staaten von Amerika gleichermaßen Eckpfeiler der Arbeit der

Konrad-Adenauer-Stiftung sind.“

In ihre Ämter wieder gewählt wurden bei der Mitgliederversammlung der Konrad-Adenauer-Stiftung auch die Stellvertreter des Vorsitzenden. Dabei handelt es sich um die an der Technischen Universität Chemnitz lehrende Professorin für Internationale Politik, Frau Professor Dr. Beate Neuss, den früheren Staatsminister im Bundeskanzleramt, Anton Pfeifer, und den Vizepräsidenten des Deutschen Bundestag, Norbert Lammert. Ebenfalls einstimmig wurde der Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung, der frühere Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Franz Schoser, in seinem Amt bestätigt.

Neu in den Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung wurden der Ministerpräsident von Niedersachsen, Christian Wulff, und der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Volker Kauder, gewählt.

### MITGLIEDER IM VORSTAND DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG:

- Vorsitzender: Ministerpräsident Bernhard Vogel
- stellvertretende Vorsitzende: Anton Pfeifer, Norbert Lammert, Beate Neuss
- Generalsekretär: Wilhelm Staudacher
- Schatzmeister: Franz Schoser
- Weitere Mitglieder: Otto Bernhardt, Hermann

Gröhe, Peter Hintze (koop-  
tiert), Volker Kauder, Bun-  
deskanzler a.D. Helmut  
Kohl, Hermann Kues,  
Landtagspräsidentin Chri-  
stine Lieberknecht, Angela  
Merkel, Ronald Pofalla  
(koopiert), Hans-Gert  
Pöttering (koopiert), Gün-  
ter Rinsche, Volker Rühle,  
Wolfgang Schäuble, Hans-  
Peter Schwarz, Dorothee  
Wilms, Ministerpräsident  
Christian Wulff.

# CDU-Entwicklungshilfe mit neuen Initiativen

**Neue Schnittstellen in der Politik suchen: Mit diesem Credo ging der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Joachim Fuchtel zu Beginn dieses Jahres an die Arbeit, als er eine 55-köpfige Delegation zusammenstellte, um mit dieser in Mauretanien – eines der ärmsten Länder der Welt – neue Akzente in der praktischen Arbeit der Entwicklungshilfe zu setzen.**

Die Delegation wollte „etwas für die Völkerverständigung zu tun“ mit der Folge, dass die öffentliche Aufmerksamkeit für das Projekt eine völlig neue Dimension gewann und auch von der Regierung des Landes sichtbar wahrgenommen wurde. Durch einen öffentlichen Aufruf in den Medien angesprochene Experten aus den Bereichen der Städteplanung, der Abfallwirtschaft und der Medizin bilden mit Handwerkern ein „Team der helfenden Hände“.

Das Ergebnis des Einsatzes war allein auf dem medizinischen Sektor hoch beeindruckend. Nämlich an die 1.500 Behandlungen.

Das Besondere an dieser Aktion: Die Teilnehmer brachten eine Woche lang



kostenlos ihr Know-how zum Einsatz, quasi von Kollegen zu Kollegen für die Menschen im Lande. Mit der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit war zuvor abgestimmt worden, mit welcher Kompetenz und welchen Aufgaben die Teilnehmer betraut wurden. Schon vor deren Ankunft waren die Tätigkeitsfelder klar definiert und der Einsatzplatz durchorganisiert. Durch das Zusammenfügen von Arbeitsteams in den jeweiligen Schwerpunktbereichen konnten Aufgaben angegangen werden, die in diesem Land bis dahin nicht angegangen werden konnten, da es mangels Finanzen keine solchen Teambildungen gab.

Vor allem aber war den Initiatoren wichtig: Der Kontakt zu den örtlichen Kollegen, um auf diese Weise zukünftige Dialog-

brücken zu bilden und „auf das positive der Menschen zu setzen“. Diese Rechnung ging auf. Die moderne Technik der Kommunikation macht möglich, dass der Dialog auch aus der Ferne weitergeführt und der Bedarf an Spezialisten gemeldet werden kann. So sollen von Zeit zu Zeit ausgewählte Teams zu weiteren Einsätzen nach Mauretanien reisen.

---

## Kostengünstige Form der Entwicklungshilfe aufgebaut

Der Bundestagsabgeordnete Hans-Joachim Fuchtel erläuterte die Initiative: „Ziel muss es sein, eine weitere Form von Entwicklungshilfe aufzubauen, die kostengünstig ist und ihre Stärke in der mitmenschlichen Bereitschaft zur Hilfe hat. Quasi eine ehrenamtliche Möglichkeit zur Mitwirkung von Menschen, die ansonsten aufgrund ihres anspruchsvollen Berufs wenig Gelegenheit zu ehrenamtlichem Tun haben. Dieses Potential ist bislang für die Entwicklungshilfe nicht erkannt worden.“

# „Wir brauchen **Gewerkschaften** in Deutschland“

CDU und DGB wollen ihre Kontakte weiter ausbauen. Angesichts der Herausforderungen, vor denen Deutschland stehe, lohne es sich, weiter im Gespräch zu bleiben, sagte die CDU-Vorsitzende Angela Merkel nach einem Treffen von CDU-Präsidium und DGB-Bundesvorstand.

„Wir brauchen Gewerkschaften in Deutschland“, bekräftigte die Partei- und Fraktionsvorsitzende. Als Interessenvertretung der Arbeitneh-



mer müssten die Gewerkschaften allerdings auf die „dramatischen Probleme“, vor denen Deutschland stehe, reagieren. Auch DGB-Chef

Michael Sommer lobte den „sachlichen Ton“, in dem das Gespräch stattgefunden habe.

Konkret vereinbarten das CDU-Präsidium und der

## Beschluss des CDA-Bundesvorstands

Wir wollen den Beitrag der Arbeitslosenversicherung von 6,5 % auf 5 % reduzieren, um Arbeitnehmer und Unternehmen zu entlasten und einen Beitrag für mehr Beschäftigung zu leisten. Die von der Bundesregierung geplante Verkürzung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose lehnen wir angesichts der heutigen Lage am Arbeitsmarkt ab. Das ist der falsche Weg zur Reduzierung des Beitrags der Arbeitslosenversicherung. Stattdessen schlagen wir folgendes Paket vor:

- 1. Das Arbeitslosengeld wird in den ersten 2 Monaten als Kredit gewährt.
- 2. Bei betrieblichen Vorruhestandsregelungen ist gesetzlich sicherzustellen, dass die Unternehmen der Bundesanstalt für Arbeit die gesamten Leistungen zu erstatten haben.
- 3. Die Bundesanstalt für Arbeit verdoppelt aus der Zahl der vorhandenen Mitarbeiter heraus die Zahl derjenigen, die direkt in der Arbeitsvermittlung eingesetzt werden.
- 4. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wird befürwortet. Für ältere Arbeitslose muss dabei ein deutlich erhöhter Nichtanrechnungsbeitrag für vorhandene Ersparnisse festgesetzt werden. Die Kombinationsmöglichkeit eigener Einkommen mit Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe wird deutlich verbessert.
- 5. Leistungen der Arbeitslosenversicherung für Personen, die bisher keine eigenen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, werden aus Steuermitteln finanziert.

DGB-Bundesvorstand die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Ausbildungssituation angesichts der in diesem Jahr drohenden „Ausbildungskatastrophe“. „Wir sind gemeinsam der Auffassung, dass die jungen Menschen in unserem Land eine Chance bekommen müssen“, betonte Angela Merkel.

Neben besseren Rahmenbedingungen für den deutschen Mittelstand sprach sie sich für eine höhere Flexibilität der Ausbildung aus. Zudem müsse die moralische Verpflichtung der Betriebe, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, wieder stärker ins Bewusstsein rücken.

Eine „gemeinsame Haltung“, so die CDU-Vorsitzende, habe es auch im Bereich der Arbeitslosenversicherung gegeben. Die Lebensleistung und die Höhe der eingezahlten Beiträge müssten sich im Leistungsfall bemerkbar machen, forderte Merkel. Um älteren Arbeitslosen wie bisher länger Arbeitslosengeld zahlen zu können, soll – so ein Vorschlag der CDU-Sozialausschüsse – künftig das Arbeitslosengeld in den ersten zwei Monaten als Darlehen gewährt werden. DGB-Chef Sommer machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass mit ihm eine „Verschlechterung beim Arbeits-

losengeldbezug für Ältere“ nicht zu machen sei. Dies wollte er als „ausdrückliches Signal an die Bundesregierung“ verstanden wissen.

Unterschiedliche Auffassungen gab es vor allem in Bezug auf die betrieblichen Bündnisse für Arbeit. Während die CDU für einen weiteren Ausbau solcher Bündnissen eintritt, wendet sich der DGB gegen eine „Aushöhlung der Tarifautonomie“. Das sei für die Gewerkschaften eine „existenzielle Frage“, erklärte Sommer. Auch die Reform der sozialen Sicherungssysteme wurde zwischen CDU und DGB kontrovers diskutiert.

## ANGELA MERKEL:

### „Große Zahl von **Gemeinsamkeiten** mit der CSU“

**Mit Blick auf das vom CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber präsentierte Sanierungsprogramm verwies die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel auf eine „große Zahl von Gemeinsamkeiten“.**

Zwar gebe es an einigen Stellen Abweichungen, beispielsweise bei der von der CSU vorgeschlagenen Staffelung für die Zahlung des Arbeitslosengeldes zwi-

schen 12 und 18 Monaten. Hier plädieren die Christdemokraten für eine längere Zahlungsdauer für ältere Arbeitslose. Außerdem will die CDU nur dann einer Kürzung der Sozialhilfe um 25 Prozent zustimmen, wenn ein tatsächliches Beschäftigungsangebot abgelehnt wird.

Die Unterschiede zwischen den beiden Schwesterparteien seien jedoch „überbrückbar“, versicherte

Angela Merkel. Auf beiden Seiten herrsche der Wille vor, zu Lösungen zu kommen. So setzten sich CDU und CSU gemeinsam dafür ein, die Lohnnebenkosten unter 40 Prozent zu senken. Um dieses „ehrgeizige Ziel“ zu erreichen, seien „wachstumsfördernde Maßnahmen“ erforderlich. Bislang habe Rot-Grün hierzu jedoch keine ausreichenden Vorschläge präsentiert.

# Forschungs- und Bildungspolitik des Bundes ohne roten Faden

**Der Bundeshaushalt 2003 belegt: Bildung und Forschung werden gegeneinander ausgespielt.**

Zweifelhaften Bildungsausgaben opfert Frau Bulmahn vernünftigen Forschungsinvestitionen. Das Kerngeschäft, die Forschungspolitik, hat Frau Bulmahn vernachlässigt und sich dorthin geflüchtet, wo sie keine originäre Kompetenz hat. Jetzt wird so getan, als ob ein Ganztages-schulbauprogramm die PISA-Defizite lösen könnte. Dabei besteht überhaupt kein signifikanter Zusammenhang zwischen dem unterdurchschnittlichen Abschneiden deutscher Schulen – übrigens insbesondere in SPD-geführten Ländern – und dem Anteil von Ganztages-schulen in der deutschen Schullandschaft. Richtig dagegen ist, dass die als Ganztages-schulen geführten Gesamtschulen am schlechtesten bei PISA abgeschnitten haben.

Natürlich brauchen wir mehr Betreuungsangebote für Sechs- bis Zwölfjährige am Nachmittag. Aber mit PISA hat dies nichts zu tun. Das Bauprogramm soll viel-



mehr die Öffentlichkeit von den Bildungsdefiziten ablenken, die in erster Linie die SPD selbst in den Ländern zu verantworten hat. Um zu mehr Ganztagesangeboten zu kommen, wäre es richtiger, wenn der Bund die Länder stärker an der Umsatzsteuer beteiligte und die Kommunen zielgerecht entlastete.

Ständig versucht das BMBF den Ländern in deren Kompetenzen hereinzureden. Die Erarbeitung von länderübergreifenden Bildungsstandards durch die rot-grüne Bundesregierung kann daher zu Recht als Arroganz ausgelegt werden. Auch haben laut Grundgesetz die Länder und nicht der Bund zu regeln, wie die Hochschulen finanziert werden sollen. Dass die Länder wie Bayern und Sachsen vor-

dem Bundesverfassungsgericht ein Normverfahren gegen die 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes durchführen wollen, ist mehr als verständlich und wird von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion politisch unterstützt.

Ein Ausstieg der Länder aus der gemeinsamen Bildungsplanung der Bundesländer-Kommission (BLK) ist nur konsequent. Die Reisekosten können gespart werden. Dies ist die unmissverständliche Meinung aller 16 Länder.

Richtig wäre es, Frau Bulmahn kümmerte sich intensiver um den Forschungsbereich. Hier fällt Deutschland zusehends ab. Im weltweiten Vergleich liegt Deutschland mit seinen Aufwendungen für Zukunftsinvestitionen (FuE-Mittel in % des Bruttoinlandsproduktes) mit 2,5 Prozent abgeschlagen hinter Schweden (3,9), Finnland (3,7), Japan (3,0), den USA (2,8), Korea (2,7) und der Schweiz (2,7) auf dem 7. Platz. Besonders besorgniserregend ist das Nachlassen der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten des

Mittelstandes. Wertschöpfung müsste im Zentrum deutscher Forschungspolitik stehen. Leider geht aber vom Haushalt 2003 keine Signalwirkung zur Steigerung der Forschungsintensität unserer Wirtschaft aus.

Andere Staaten können es: Auch in Japan ist die wirtschaftliche Situation schwierig, auch dort gibt es einen Sparhaushalt. Dennoch steigen die staatlichen Investitionen für Wissenschaft und Forschung um 3,9 %. Großbritannien hat aktuell für die Finanzjahre 2003 bis 2006 einen Rekordhaushalt für Wissenschaft und Forschung vorgelegt mit einem Plus von 7 bis 10 Prozent jährlich. Dieselbe Bereitschaft, in die Zukunft zu investieren, gibt es in den USA.

Der aktuelle Bundeshaushalt 2003 verspricht keine Umkehr. Rot-Grün stolpert auf seinem verhängnisvollen Weg weiter bergab. Spitzenforschung und Zukunftstechnologien in Deutschland werden im Bundeshaushalt 2003 der Saft abgedreht. Grundlagen- und Exzellenzforschung gehen leer aus. Die vor der Bundestagswahl im September gemachten Zusagen für die deutschen Wissenschaftsorganisationen in Höhe von bis zu 3,5 Prozent wurden nicht eingehalten.

Arbeitsplatzabbau ist nun die Folge. Das Kanzlerversprechen für 2004, die Haushaltsansätze wieder anzuhähen, sind leere Worte. Für 2003 hätte der Beweis angetreten werden müssen.



### Haushalt des BMBF einzigste Enttäuschung

Der Haushalt des BMBF für das Jahr 2003 ist eine einzige Enttäuschung und hat mit den Versprechungen vor der Wahl nichts mehr zu tun. Zukunfts- und Innovationsbereiche wie Weltraumforschung oder Forschung an adulten Stammzellen sind von einschneidenden Kürzungen betroffen. Überhaupt hat die Biotechnologienpolitik deutliche Schwächen und ist ohne Strategie. Der zum Teil völlig irrationale Widerstand gegen die grüne Gentechnik blockiert nach wie vor die wirtschaftliche Nutzung. Damit wird wirtschaftliches, aber auch wertvolles wissenschaftliches Potenzial an unsere Konkurrenten verschenkt, denn auch die besten Köpfe in diesem Bereich gehen Deutschland verloren. Zur Nachwuchsförderung gibt es kein abgestimmtes nationales Konzept.

Ziel der Forschungspolitik muss es sein, den besten Köpfen die besten Arbeits-

bedingungen und größtmöglichen Freiheiten zu bieten. Leider hat Frau Bulmahn dem Forschungsstandort Deutschland mit bürokratischen und wissenschaftshemmenden Rahmenbedingungen eine Reihe zusätzlicher Fesseln aufgelegt. An den Hochschulen stößt das Monopol der Juniorprofessur als einziger Qualifizierungsweg auf Unverständnis und Widerstand. Das 5. HRG hat eine dringende Überarbeitung nötig. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich deshalb für eine rasche Novellierung ein.

Wir vermissen die Bereitschaft, in die Zukunft zu investieren, neue Themen aufzugreifen, Chancen zu eröffnen und zu nutzen. Zu dieser Innovationspolitik gehört nicht nur Geld, sondern auch eine Richtungsvorgabe. Das Ziel der Europäischen Union, bis 2010 einen Anteil von 3 % am BIP für Forschung und Entwicklung zu investieren, wurde von der rot-grünen Bundesregierung im Koalitionsvertrag noch ausdrücklich bekräftigt und im aktuellen Haushalt jedoch wie eine heiße Kartoffel fallen gelassen. Die rot-grüne Bildungs- und Forschungspolitik steckt mit falschen Weichenstellungen in der Sackgasse.

MICHAEL MEISTER:

## Rürup-Kommission stellt **neue Pläne** der SPD zur Steueramnestie in Frage



**Anlässlich der Überlegungen der Rürup-Kommission auf Zins- und Mieterträge Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung zu erheben, erklärt der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Karl Lauterbach – Mitglied der Rürup-Kommission für eine nachhaltige Finanzierung und Weiterentwicklung der Sozialversicherung – schlägt den Ausbau der gesetzlichen Krankenversicherung zu einer „Bürgerversicherung“ vor. Beamte und „Besserverdienende“ sollen sich ebenfalls bei den gesetzlichen Kassen versichern müssen. Die Tabaksteuer solle erhöht werden, um versicherungsfremde Leistungen zu finanzieren. Außerdem sollen

Beiträge nicht nur auf das Arbeitsentgelt, sondern auch auf Zinserträge und Mietentnahmen erhoben werden.

Solche Pläne entsprechen alten sozialistischen Tendenzen, nämlich mehr Staat, mehr Regulierung, mehr Mischfinanzierungen. Sie stehen nicht für stärkere Eigenverantwortung, weniger Bürokratie sowie klare und transparente Finanzierungssysteme.

Die Pläne konterkarieren auch die Überlegungen der Bundesregierung zur Steueramnestie. Bundeskanzler Schröder erwartet von der Einführung der Abgeltungssteuer verbunden mit einer Steueramnestie einen Rückfluss von 100 Mrd. Euro und entsprechend hohe Steuereinnahmen. Wer aber führt sein Kapital in die Steuerehrlichkeit zurück, wenn hierfür umfassende Selbstanzeigen erforderlich sind, ein flächendeckendes Kontrollmitteilungssystem eingeführt werden soll, die Wiederbelebung der Vermögensteuer droht und nun auch noch Krankenkassenbeiträge auf Zinserträge vorgeschlagen werden?

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert endlich die Definition klarer Ziele. Grundansatz muss sein, die Sozial- und Steuersysteme in sich und durchgreifend zu reformieren. Steuererhöh-

ungen muss eine Absage erteilt werden. Debatten, die die Bürger und Unternehmen dieses Landes verunsichern, sind zu beenden. Durch eine verlässliche Politik muss das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort und den Finanzplatz Deutschland wieder hergestellt werden.

DIETRICH AUSTERMANN:

## Eichels **virtuelle** Welt



**Zur voraussichtlichen Neuverschuldung des Bundes in 2003 äußert sich der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Selten hat es einen Bundeshaushalt gegeben, der bereits bei seiner Verabschiedung Makulatur ist. Der Bundesfinanzminister gibt zu, dass der Haushalt 2003 erhebliche Risiken enthält. Trotzdem sei es 'vernünftig', ihn zu beschließen. Was daran vernünftig ist, einen Haushalt



zu beschließen, der mit der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage nichts zu tun hat, bleibt Eichels Geheimnis.

Die Haushaltspolitik dieser Bundesregierung ist zunehmend irrational. Die Koalition bewegt sich in einer virtuellen Welt, wenn sie die Nettokreditaufnahme als die „niedrigste seit der Wiedervereinigung bezeichnet. Die Realität wird dagegen auch in diesem Jahr – wie bereits 2002 – eine andere sein. Die heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zum Defizit in den öffentlichen Haushalten in 2002 machen die Tendenz deutlich. Spätestens nach der Mai-Steuerschätzung wird ein Nachtragshaushalt fällig werden, der aller Voraussicht nach eine Neuverschuldung beinhaltet, die erneut die verfassungsmäßige Grenze sprengt und die europäischen Stabilitätskriterien in massiver Weise verletzt.

Eichel begründet die Risiken für den Haushalt mit den unsicheren Rahmenbedingungen. Mit anderen Worten: der Irak-Krieg sei schuld. Damit macht es sich die Bundesregierung jedoch zu einfach. Es ist unbestritten, dass der Irak-Krieg Risiken für die Weltkonjunktur birgt und damit auch für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland negative Konsequenzen

haben kann, die heute noch nicht absehbar sind. Unabhängig von der Zuspitzung der Lage im Mittleren Osten ist seit geraumer Zeit eine deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland zu verzeichnen. Verbunden mit einem dramatischen

Anstieg der Arbeitslosenzahlen wird dies zu weiteren Steuerausfällen und höheren Ausgaben zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit, etwa bei der Bundesanstalt für Arbeit, führen. Diese Milliardenrisiken sind im Bundeshaushalt in keinster Weise berücksichtigt. Dafür trägt der Bundesfinanzminister die volle Verantwortung.

Nicht der Irak-Krieg ist schuld an der Wachstums- und Beschäftigungskrise in unserem Land. 4 Jahre rot-grüne Politik sind verantwortlich für Stagnation und ausufernde Defizite in den öffentlichen Kassen. Der Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere ist eine konsequente Politik der Stärkung der Investitionskraft der Unternehmen. Dazu ist auch eine steuerliche Entlastung insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen erforderlich. Dort entstehen die meisten Arbeitsplätze, die unser Land so dringend braucht.

ANNETTE WIDMANN-MAUZ:

**Irak-Krieg nicht Schuld an steigenden Kassenbeiträgen**



**Zu Meldungen, wonach Bundessozialministerin Schmidt steigende Kassenbeiträge nicht mehr ausschließt, erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Die Finanzierungsprobleme der GKV sind hausgemacht und haben ihre Ursache nicht im Irak-Krieg. Denn der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen weist seit Jahren auf die Einnahmeschwäche der GKV hin. Rot-Grün hat diese Hinweise aber beharrlich mit der Aussage ignoriert, die GKV habe kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem.

Nach der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Schaich-Walch bestätigt nun auch Bundessozialministerin Schmidt die von der Union

bereits zu Beginn des Jahres prognostizierten und ihr damals von Rot-Grün als Panikmache vorgeworfenen Beitragssatzsteigerungen.

Die Beiträge in der GKV können jetzt nur durch eine mutige Reform gesenkt werden. Im Sinne der Gerechtigkeit ist es dabei notwendig, dass alle Seiten an den Einsparungen gleichermaßen beteiligt werden und das Gefühl für die Wahrnehmung von Verantwortung bei allen Beteiligten im Gesundheitswesen gestärkt wird.

Mit der Erschließung von Wirtschaftlichkeitsreserven und der Verbesserung der Qualität sind die Finanzierungsprobleme der GKV alleine nicht zu lösen, wie das fehlgeschlagene Beitragssatzsicherungsgesetz und die im Vermittlungsverfahren befindlichen weiteren gesetzgeberischen Maßnahmen zeigen. Die Beiträge sind Ende vergangenen Jahres und in diesem Jahr trotz Beitragssatzstopp angestiegen. Auch die jetzt vorgesehenen Maßnahmen, die dem Vermittlungsausschuss vorliegen, taugen nicht zur Beitragssatzstabilität. Denn die Einnahmeschwäche der GKV resultiert vor allen Dingen aus einem schwachen Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit.

Es scheint, als ob der

Kanzler dies erkannt hätte. Sein Ziel, die Lohnnebenkosten unter 40 % zu drücken und den Beitragssatz in der GKV auf unter 13 % abzusinken, findet die Unterstützung der Union.

Das vom Kanzler anvisierte Einsparziel wird Frau Schmidt aber nicht mit ihren Methoden erreichen können. Bei einem Beitragssatz von wahrscheinlich 15 % am Ende des Jahres 2003 müssen 20 Mrd. Euro eingespart werden, um das vom Kanzler fixierte Ziel zu erreichen. Wer es aber nicht einmal schafft, einen Leistungsbereich aus der gesetzlichen Krankenversicherung auszugliedern, der wird sich auch schwer tun, die Eigenverantwortung der Versicherten einzufordern, insbesondere Anreize für ein rationales Inanspruchnahmeverhalten zu setzen.

HARTMUT KOSCHYK  
BEATRIX PHILIPP:

## Beim Zivil- und Katastrophenschutz herrscht akuter Handlungsbedarf

**Nach einem Fachgespräch „Zivil- und Katastrophenschutz im 21. Jahrhundert“ erklären der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestags-**

## fraktion und die zuständige Berichterstatterin:

Der Informations- und Erfahrungsaustausch mit Sachverständigen aus dem Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes hat bewie-



sen, dass lange nach den 11. September 2001 und den Flutwasserkatastrophen im Jahre 2002 das nationale Gefahrenabwehrsystem immer noch nicht den aktuellen Anforderungen entspricht.

Die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Zivilschutz als Bevölkerungsschutz im Verteidigungsfall und dem Katastrophenschutz als ziviler Gefahrenabwehr wird der Bedrohung durch denkbare länderübergreifende Großschadensszenarien nicht gerecht.

In der Diskussion mit den Sachverständigen wurde offenkundig, dass die bisherigen Planungen und Maßnahmen der Bundesregierung den neuen Herausforderungen nicht gerecht werden.

Vor diesem Hintergrund fordern wir deshalb nachdrücklich:

■ Das Zivilschutzgesetz muss entsprechend der neuen Gefährdungssituation novelliert werden.

■ Das Kräftepotenzial von Bund und Ländern muss im Rahmen eines kooperativen Föderalismus effizient und effektiv genutzt werden.

■ Der rechtliche Rahmen für den Einsatz der Bundeswehr im Innern bei besonderen Gefahrenlagen muss klar und verbindlich geregelt werden.

■ Ein einheitliches zwischen dem Bund und den Ländern abgestimmtes Führungssystem für Großschadensereignisse muss entwickelt und die entsprechen-

den Vorschriften in Bund und Ländern müssen harmonisiert werden.

■ Die Wiedereinführung eines flächendeckend funktionierenden bundeseinheitlichen und den Einzelnen erreichenden Warnsystems.

■ Die Einführung eines leistungsfähigen bundeseinheitlichen digitalen Kommunikationssystems, das mit den Systemen der europäischen Nachbarn kompatibel ist.

■ Die Akzeptanz des Ehrenamts muss gesteigert und dabei die Jugendarbeit intensiviert werden.

■ Das von der Ständigen Konferenz der Innenminister

und -senatoren der Länder entwickelte Konzept „Neue Strategien zum Schutze der Bevölkerung“ muss zügig umgesetzt werden.

Die Bundesregierung muss endlich einen effektiven Schutz der Bevölkerung in Katastrophenfällen sicherstellen und den sinnvollen Einsatz der vorhandenen Einsatzzentrale ermöglichen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird deshalb im Deutschen Bundestag dafür eintreten, dass alsbald Maßnahmen für einen ausreichenden Zivil- und Katastrophenschutz beraten und auf den Weg gebracht werden.

MIT:

## Rot-Grün würgt **Frühjahrsaufschwung** ab

**Zum ifo-Geschäftsklima-Index für den Monat März 2003 erklärte der Bundesvorsitzende der MIT, Peter Rauen:**

„Eine Glanzleistung. Rot-Grün schafft es offenbar sogar konjunkturelle Standards wie den Frühjahrsaufschwung abzuwürgen. Die Experten des renommierten Münchner ifo Instituts weisen ausdrücklich darauf hin, dass sich die Erwartungen der Unternehmer für die nächsten sechs Monate deutlich eingetrübt haben. Sechs Monate, in denen

Investitionen weiter stocken werden und die Unternehmer im Land gelähmt nach Berlin schauen werden.

Die vagen Hoffnungen auf eine Trendwende zur Jahresmitte halten der harten politischen rot-grünen Realität leider doch nicht stand. Ein bitteres Signal für die Konjunktur. Das könnte ihr Todesstoß sein. Dass Deutschland in die Rezession abrutscht, bleibt Arbeitgebern und -nehmern wohl nicht erspart.

Und der Kanzler? Schröder strotzt vor Ignoranz. Erst im kommenden Jahr sollen

weitere Reformen umgesetzt werden. Das sind mehr als neun Monate. Schröder glaubt offensichtlich, dass er diese Zeit noch hat. Doch viele, längst angezählte Betriebe werden weitere Runden im Kampf „Unternehmer trotz Schröder“ nicht durchhalten und noch mehr Arbeitnehmer ohne Stelle auf der Strasse stehen.

Das Vertrauen deutscher Unternehmer ist verspielt. Die Devise heißt: Jetzt handeln! Zeit ist Luxus, den sich in einer Krise niemand, selbst ein Kanzler nicht leisten kann.“



Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.

**CDU Pavillon,**  
ohne Seitenteil  
3 x 3 m

Bestell-Nummer: **0924**  
Preis je **1 Stück: 40,40 €**  
inkl. MwSt.: 46,86 €



**Seitenteil  
für CDU Pavillon**

Bestell-Nummer: **0925**  
Preis je **1 Stück: 6,10 €**  
inkl. MwSt.: 7,08 €

**BESTELLANSCHRIFT**

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162,33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
[cdu-shop@bertelsmann.de](mailto:cdu-shop@bertelsmann.de)

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7 % bzw. 16 % MwSt.  
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.